

Brennnessel

Bündnis 90 / Die Grünen Salzkotten

politisch, parteiisch

Bundestagswahl 2013

Es könnte noch einmal 4 Jahre so weiter gehen. Nach 8 Jahren CDU/CSU und 4 Jahren FDP. Angela Merkel könnte weiterhin schöne Reden halten und Carsten Linnemann ist kein Übel zuzutrauen. Aber reicht uns das?

Unter Guido Westerwelle hat die deutsche Außenpolitik ihre gestaltende Stimme verloren. Dirk Niebel hat die Entwicklungshilfepolitik den FDP-Zielen untergeordnet. Geblieben sind große Rüstungsgeschäfte mit fragwürdigen Staaten.

Gestärkt sind Agrarindustrie, Energiekonzerne und Automobilindustrie. Geschwächt ist die bäuerliche Landwirtschaft. Ausgeblieben ist die überfällige Pflegereform. Am Boden liegt die Solarindustrie, die einst

weltmarktführend war. Vor Borkum bleibt ein Windpark ohne Stromanschluss – wir Verbraucher bezahlen jede Kilowattstunde, die uns von dort nicht erreichen kann.

In der Bildungs- und Familienpolitik muss die Regierung entweder vom Verfassungsgericht oder von den Eltern und Studierenden zum Jagen getragen werden.

Das könnte noch einmal 4 Jahre so weiter gehen, aber wir wollen das nicht. Wir wollen mehr Gerechtigkeit, mehr Engagement für diese Welt, mehr politische Qualität.

Ihre Salzkottener Grünen.

Familienpolitik muss zum Heute passen Für Kinder, Väter und Mütter ist eine bessere Politik möglich

WOLFGANG DEHLINGER

Meine Großeltern, meine Eltern, ich selbst und meine Kinder: Ich sehe 4 Generationen und jede hat ihre eigene Art, Familie zu verstehen und möglichst glücklich zu leben. Familienpolitik muss die Bedürfnisse der Familien von heute erfüllen – das aber habe ich in den letzten Jahren vermisst.

Aktuelle Familienpolitik braucht die bisherige Form des Ehegattensplitting nicht mehr. Sie muss auch nicht fürchten, dass es keine „traditionellen“ Familien mehr gibt, wenn andere Lebens- und Familienformen gleich berechtigt sind. Das waren die Baustellen von Familienministerin Christina Schröder und ihrer schwarz-gelben Regierung.

Kinder brauchen auch heute einen Schutz vor Armut und Familien brauchen eine verlässliche finanzielle Basis: deshalb stehen wir Grünen für den Aufbau einer Kindergrundsicherung und für einen Mindestlohn. Väter und Mütter von heute sollen mit Freuden die Möglichkeit haben, in Familienphasen die Berufstätigkeit zu reduzieren, ohne Armut oder das berufliche Abseits befürchten zu müssen: Wir Grünen wollen das Teilerntengeld ausbauen und die Rückkehr in den Beruf erleichtern. KiTas und Ganztagsangebote an Schulen müssen in hoher Qualität und Flexibilität Familien dort unterstützen, wo es in ihrem Familienalltag hilfreich und nötig ist: Denn nur dort, wo diese Angebote vor-



handen sind, können Familien wählen, wie sie leben wollen.

Für Paderborn in den Bundestag



Direktkandidatin Kerstin Haarmann

Warum kandidiere ich für den Bundestag? Diese Frage wurde mir häufiger gestellt. Mir ist wichtig, das Gelingen der Energiewende mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.

Energiewende umsetzen

Eine konsequente Energiewende hat die Stromversorgung vollständig aus Erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2030 zum Ziel. Entscheidend dabei: die Energie muss bezahlbar bleiben.

Daher meine Forderungen:

- Intelligente Fortentwicklung des EEG
- Abschaffung der ausufernden Ausnahmen für die Industrie im Bereich der Ökostrom-Umlage
- Stärkere Förderung von Bürgerwindparks
- Ausbau von Bahn, Bus und Rad zu Leitverkehrsmitteln
- Beschleunigung des Übergangs zur Elektromobilität

Soziale Gerechtigkeit herstellen

Soziale Gerechtigkeit ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Ich bin zutiefst überzeugt, dass jede und jeder bei uns eine faire Chance verdient, gemäß den eigenen Voraussetzungen und Fähigkeiten am sozialen Leben unserer Gesellschaft teilzunehmen. Dazu gehört auch, dass jede und jeder vom eigenen Lohn leben kann.

Daher meine Forderungen:

- Gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50€
- Gleiche Löhne für Frauen
- Ende der Zwei-Klassen-Medizin durch die solidarische Grüne Bürgerversicherung

Fracking – immer noch kein Ende

Über die Gefahren dieser Technologie ist in vergangenen Brennesseln bereits berichtet worden. Die Diskussion dauert nun über drei Jahre an. Die betroffenen Regionen wie Paderborn müssen aber immer noch bis weit nach der Bundestagswahl am 22. September im Ungewissen bleiben und auf eine gesetzliche Regelung warten, da sich Union und FDP auf keinen rechtlichen Rahmen für diese Technologie einigen können. Die Unfähigkeit von Schwarz-Gelb, ein Fracking-Gesetz zu verabschieden, ist ein Armutszeugnis erster Klasse und verantwortungslos gegenüber den Menschen in den betroffenen Regionen. Denn derzeit bleibt Fracking in ganz Deutschland grundsätzlich erlaubt. Das ist nicht hinnehmbar! Lediglich der Erlass des GRÜNEN NRW-Umweltministers Rammel, bis auf weiteres keine Verwaltungsverfahren zur Erteilung einer Fracking-Betriebsgenehmigung durchzuführen, schützt zur Zeit uns BürgerInnen hier vor Ort und das Trinkwasser in NRW. Dieser Erlass reicht als alleinige Rechtsgrundlage zur Verhinderung von Fracking auf Dauer jedoch nicht aus, da die Fracking-Unternehmen dagegen gerichtlich vorgehen können. Deshalb ist es sehr entscheidend, welche Farbe die nächste Bundesregierung hat! Nur eine Bundesregierung mit GRÜNER Beteiligung bietet die Garantie dafür, dass Fracking in Deutschland nicht kommt. Wir haben uns in unserem Wahlprogramm für die Bundestagswahl eindeutig für ein Fracking-Verbot ausgesprochen.

Zu meiner Person:

1966 geboren, habe ich als Unternehmensjuristin und Geschäftsführerin bei unterschiedlichen Firmen und Verbänden gearbeitet und lebe mit meinem Mann in Schloß Neuhaus-Mastbruch, direkt an der Senne. Mehr Politisches und Persönliches über die Brennnessel hinaus ergibt sich im direkten Gespräch. Sprechen Sie mich an! Weitere Informationen sowie Kontaktmöglichkeiten finden Sie auf www.kerstin-haarmann.eu.

Sauberen Energien gehört die Zukunft

Der Strom kommt nicht aus der Steckdose

MARC SVENSSON

Unser täglicher Energiehunger wird noch immer überwiegend durch die Nutzung fossiler Energieträger und durch Atomenergie gedeckt, obwohl alle die damit verbundenen Risiken und Nebenwirkungen kennen.

Seit ihrem Bestehen fordern die Grünen den Ausstieg aus der Atomenergie und die Wende hin zu einer sauberen und sicheren Energieerzeugung aus Sonne, Wind und Wasser. Mehr als 30 Jahre und zwei schwere Reaktorkatastrophen später hat die Energiewende begonnen Wirklichkeit zu werden und ist auch in Salzkotten in Form von Windenergie-, Biogas- und Solaranlagen sichtbar geworden.

Das unter Rot-Grün im Jahr 2000 eingeführte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat den Weg für eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung geebnet und dafür gesorgt, dass diese Anlagen wirtschaftlich betrieben werden können. Heute werden 25% unseres Gesamtstrombedarfs durch Erneuerbare Energien abgedeckt, 2030 sind 100% schaffbar!

Seit dem letzten Regierungswechsel wird das

EEG zunehmend durch ausufernde Industrieprivilegien ausgehöhlt. Statt wie früher zehn Gigawattstunden müssen Unternehmen nur noch einen jährlichen Gesamtverbrauch von mindestens einer Gigawattstunde nachweisen, um von der EEG-Umlage und den Netzentgelten befreit zu werden. Nicht zuletzt dadurch stieg unter Schwarz-Gelb die Anzahl der befreiten Unternehmen von unter 800 auf 1691 in diesem Jahr. Für das kommende Jahr wurde von 2367 Unternehmen eine Befreiung beantragt. Diesem Treiben schaut die Regierung tatenlos zu und nimmt billigend in Kauf, dass dadurch der Strompreis für alle Privatverbraucher weiter ansteigt und zunehmend zu einem sozialen Problem wird. Die Preise für Großabnehmer sind dagegen derart gesunken, dass dies jüngst die EU-Wettbewerbschüter auf den Plan rief.

Wir wollen eine bezahlbare und saubere Energieversorgung in Bürgerhand ohne Kohle, Öl und Kernkraft. Dazu müssen Stromnetze und Anlagen zur Energiegewinnung anwohner-, natur- und umweltverträglich ausgebaut werden. Auch diese Regierung ist am 22.9. zu 100% erneuerbar.



Gleiche Chancen für alle Menschen

PETRA HUNDT

Fast 7 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten für weniger als 8,50 Euro pro Stunde. 1,3 Millionen können von ihrer Arbeit – davon viele Vollzeitstellen – nicht leben und sind auf zusätzliche finanzielle Hilfe durch den Staat angewiesen.

Überall im Land, so auch in Salzkotten, sind Einrichtungen wie die Tafel und die Schulmaterial- und Kleiderkammer entstanden, bei denen sich Menschen mit geringem Einkommen mit Lebensmitteln und anderen Dingen des täglichen Bedarfs versorgen können. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt, dennoch sind viele Menschen arm oder von Armut bedroht.



Verantwortlich für diese Entwicklung ist die seit den 80er-Jahren in Wirtschaft und Politik herrschende Ideologie des Neoliberalismus (maximaler Markt – minimaler Staat), die den Abbau von sozialen Standards und Leistungen mit sich brachte. Niedriglöhne haben seither Hochkonjunktur, zahlreiche Vollzeitstellen gingen durch sogenannte Minijobs verloren. Leiharbeit, zeitlich befristete Arbeitsverträge und unbezahlte Praktikumsstellen ließen Deutschland zusehends zu einem Billiglohnland verkommen. Gleichzeitig schaffte man die Vermögenssteuer ab und senkte Spitzensteuersatz, Erbschafts- und Unternehmenssteuern – die Einnahmen des Staates wurden also drastisch redu-

ziert, während die Unternehmensgewinne sprudelten.

Als Ergebnis dieser Maßnahmen finden wir uns in einer Gesellschaft wieder, in der der gesellschaftliche Reichtum extrem ungleich verteilt ist: Einer kleinen, sehr reichen Minderheit (10%) steht eine gesellschaftliche Mehrheit gegenüber, die ein relativ geringes oder gar kein Vermögen hat und von der ein nicht unerheblicher Teil als arm bzw. armutsgefährdet eingestuft werden muss.

Fast allen ist diese Entwicklung bewusst: 70-80% der Deutschen halten die Vermögens- und Einkommensunterschiede für ungerecht, trauen der Politik aber nicht mehr zu, gegen- oder umzusteuern. Damit wächst die Gefahr, dass sich immer mehr Bürger vom Staat und seinen Institutionen abwenden, weil sie glauben, dass er ihnen eine ausreichende Teilhabe an Bildung und Kultur und gleiche Chancen auf individuelles Fortkommen nicht mehr gewährleisten kann. Das aber ist der Anfang vom Ende eines demokratischen Rechtsstaates.

Es ist also höchste Zeit gegenzusteuern.

Wir GRÜNEN haben sehr konkrete Vorstellungen davon, wie das Ziel einer sozial gerechteren Gesellschaft zu verwirklichen ist. Unverzichtbar ist für uns die Erhöhung der Staatseinnahmen, denn Deutschland hat in den vergangenen Jahren einen riesigen Schuldenberg angehäuft: Zwischen 2007 und 2012 stiegen die Staatsschulden um 500 Milliarden auf über 2 Billionen Euro. Unsere Steuergelder fließen zu einem großen Teil in die Bedienung dieser Schulden. Dieses Geld fehlt natürlich, wenn wir die dringendsten Investitionen in Bildung, Kultur, soziale Absicherung, sozialverträgliche Gestaltung der Energiewende, für Klima- und Umweltschutz und die Instandhaltung von Straßen, Brücken, Schulen usw. tätigen wollen. Allein die Kommunen benötigen 100 Milliarden Euro, um ihre Einrichtungen zu sanieren. So lehnte in Salzkotten jüngst die Ratsmehrheit den von den GRÜNEN beantragten Neubau des maroden Lehrschwimmbeckens wegen fehlender finanzieller Mittel ab.

Es ist also dringend geboten, den Staat wieder in die Lage zu versetzen, seinen Bürgern, vor allen den Schwächeren, angemessene Lebensbedingungen und ausreichende Daseinsvorsorge zukommen zu lassen. Daher wollen wir GRÜNEN eine zeitlich befristete Vermögensabgabe einführen, die vom reichsten Prozent der Bevölkerung aufzubringen ist. Die Einnahmen sollen der Senkung des Schuldenstandes dienen. Daneben sollen der Spitzensteuersatz für Jahreseinkommen ab 80.000 Euro auf 49%

moderat erhöht und Kapitalerträge wie Einkommen besteuert werden. Alle aber, die weniger als 60.000 Euro Jahreseinkommen haben, sollen entlastet werden, z.B. durch höhere Freibeträge. Wir GRÜNEN haben in unserem Wahlprogramm zur Bundestagswahl sehr umfassende Vorhaben für eine gerechtere Gesellschaft formuliert; einige besonders wichtige seien hier genannt:

- die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Leiharbeiter/Stammarbeiter, Frauen/Männer)
- Bekämpfung der Altersarmut durch eine steuerfinanzierte Garantierente von 850 Euro
- Erhöhung des ALG II-Existenzminimums auf 420 Euro
- eine einkommensunabhängige Grundsicherung für Kinder
- der Ausbau von Ganztagschulen eröffnet Kindern bessere Bildungschancen

Gesundes Essen

CHRISTINA WILMES

Gammelfleisch, Gentechnik, Dioxin und Pestizide im Essen: Niemand will das, aber immer wieder machen Lebensmittelskandale Schlagzeilen.

Fleisch von Rindern, Schweinen, Puten und Hühnern aus industrieller Fleischproduktion lehnen wir Grünen daher ab. Das Leiden der Tiere ist entsetzlich und das viele billige Fleisch lässt sich nur durch den massiven Einsatz von Antibiotika erzeugen. Deren negative Auswirkung auf unsere Gesundheit wird billigend in Kauf genommen.

Beim Einkauf wird oft in erster Linie auf den Preis geschaut. Der sagt aber nie etwas über die Wertigkeit aus. Die Lebensmittelindustrie erzeugt inzwischen so viele Produkte, die auch den anscheinend günstigen Preis nicht wert sind. Durch bewussten Einkauf und Konsum unter Beachtung von saisonalen Angeboten und Produkten aus der Region kann sich auch eine Familie mit geringerem Einkommen Bioprodukte und Erzeugnisse aus regionaler bäuerlicher Landwirtschaft leisten. So sehen wir es als unsere politische Aufgabe, eine gesunde Ernährung stärker ins Bewusstsein zu rücken. Essen wirkt – besonders auf Kinder und Jugendliche.

Wer in der Schule konzentriert arbeiten und Leistungen erbringen soll, der braucht eine gute, bedarfsgerechte Verpflegung. Wer nachhaltig gesund bleiben will, ebenso Übergewicht, Diabetes und Konzentrationsschwierigkeiten manifestieren sich zunehmend bereits im Kindesalter.

Deshalb gehört in den Schulen und Kindertagesstätten gesunde und wohlschmeckende Ernährung nicht nur im Rahmen von Projekten in den Unterricht und den Lerneinheiten, sondern ein le-

- finanzielle Stärkung der Hochschulen und der Studierenden
- ein neues soziales Mietrecht und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus sollen bezahlbares Wohnen sicherstellen
- eine Bürgerversicherung für alle löst die Zwei-Klassen-Medizin ab.

Für viele dieser Vorhaben sind Investitionen notwendig, die aber solide finanziert sein müssen. Dazu gehört, dass Subventionen, vor allem ökologisch schädliche, abgebaut werden. Dazu gehört, dass Steuerflucht und Steuerhinterziehung konsequenter verfolgt und bestraft und Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Dazu gehört auch, dass den sehr Wohlhabenden in unserem Land ein größerer Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens abverlangt wird.

Deutschland muss wieder gerechter werden!



bendiges Erfahren in den täglichen Angeboten der Schul- und Tagesstättenverpflegung.

Kürzlich ist die französische Küche zum Weltkulturerbe ernannt worden. Gemeint ist damit die raffinierte Kochkunst.

Köstliche Produkte verwenden können aus bäuerlicher Landwirtschaft, regional und saisonal, das wäre doch schon mal ein Anfang! Merkel, Aigner und Co. setzen lieber auf eine Agrarpolitik, die die Erzeugung von Billigschnitzeln für den Weltmarkt fördert, als auf die Erzeugung von Qualitätsprodukten mit Wertschöpfung im ländlichen Raum.

Gerechtigkeit exportieren statt Waffen

ANNE BIRKELBACH

„Gib einem Mann einen Fisch und du ernährst ihn für einen Tag. Lehre einen Mann zu fischen und du ernährst ihn für sein Leben.“ Dieses alte chinesische Sprichwort galt lange als Grundsatz für Entwicklungspolitik. Im Zeitalter der Globalisierung muss diese aber weiter gehen.

Zu einer gerechten Gesellschaft gehört auch, den Blick nach außen zu richten. Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen allen Menschen gleichermaßen zu und können nur gemeinsam erreicht werden. Gemeinsam heißt auch, dass wir Bürgerinnen und Bürger durch entwicklungspolitische Bildung und kommunale Nord-Süd-Partnerschaften vermehrt einbeziehen und so auch das öffentliche Bewusstsein für globale Zusammenarbeit stärken wollen.

Unterstützung beim Aufbau von Infrastruktur wie Schulen, Straßen oder neuer Wirtschaftszweige kann dabei aber nur ein Aspekt sein. Den Menschen vor Ort helfen solche Maßnahmen wenig, wenn ihre Menschenrechte nicht gewahrt werden oder die Infrastruktur durch bewaffnete Konflikte wieder zerstört wird.

Wenn die aktuelle Bundesregierung aus egoistischen ökonomischen Gründen Waffenlieferungen an autoritäre Regimes genehmigt, ist das in diesem Zusammenhang mehr als fragwürdig. Eine grüne Regierungsbeteiligung gibt es daher nur mit einer anderen Rüstungsexportpolitik, die restriktiv ist und endlich mehr Transparenz und Kontrolle ermöglicht. Bewaffnete Konflikte dürfen durch solche Exporte nicht noch weiter befeuert werden. Stattdessen ist eine zivile Krisenprävention von Nöten, die ihren Namen verdient. Wir wollen daher die entsprechenden Ressorts in der Bundesregierung ausbauen und stärken.

Deutschland kann aber nicht allein die komplexen Aufgaben von weltweiter Entwicklungspolitik lösen. Globales Denken heißt für uns daher auch, gemeinsam mit unseren europäischen und globalen Partnern zu agieren. Grüne Entwicklungspolitik will dafür einerseits die Vereinten Nationen, aber auch die europäische Außenpolitik stärken – für die Stärkung der Menschenrechte und der globalen Gerechtigkeit.



PRISM und TEMPORA

Menschenrechte gegen Totalüberwachung schützen

CARSTEN BIRKELBACH

Im Juni ging der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden mit einer Enthüllung über die Überwachungstätigkeiten der NSA (militärischer Geheimdienst der USA) sowie des britischen Geheimdienstes (GCHQ) an die Öffentlichkeit.

Er machte bekannt, dass in Deutschland sowie in vielen anderen Ländern der gesamte Kommunikationsverkehr überwacht wird. Nahezu alle Verbindungen werden protokolliert und ausgewertet. Die Daten der Internetnutzer werden dabei direkt bei den Internetriesen wie Google, Microsoft, Facebook, Apple und Co. angezapft. Auch vor der Bundesregierung, vor EU-Einrichtungen oder der UNO machen diese Überwachungen nicht halt.

Die Bundesregierung verbleibt erstmal wie bei so vielen anderen Problemen in abwartender Haltung. Ein Besuch von Innenminister Friedrich brachte wenige Erkenntnisse. Auf der anderen Seite verweigerte die Bundesregierung Edward Snowden, der mit seinen Enthüllungen sein bisheriges Leben komplett geopfert hat, vorschnell das Asylgesuch, ohne dieses intensiv geprüft zu haben. Wir erleben eine Aushöhlung der demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Die Überwachungen geschehen ohne jegliche demokratische Kontrolle und ohne jeden Anlass. Die Daten können beliebig gegen unliebsame Personen eingesetzt werden. Unsere aktuellen Forderungen:

- Sofortige Beendigung des Datenausspähens durch die NSA-Programme
- Sofortige Aufklärung durch direkte Befragung von Edward Snowden und dessen Übername in den Zeugenschutz
- Anwendung der Regelungen zur Beschränkung der deutschen Geheimdienste auch auf die Übernahme von personenbezogenen Daten ausländischer Dienste
- Stärkung der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste



- Aufkündigung der Abkommen mit den Alliierten von 1959 und 1968 über die geheimdienstliche Überwachung von Telekommunikation in Deutschland.

Wichtiges zum Schluss

CARSTEN BIRKELBACH

3 Tage wach

In den letzten 72 Stunden bis zum Schließen der Wahllokale stehen die GRÜNEN im Internet rund um die Uhr für alle Fragen der Wählerinnen und Wähler zur Verfügung.

Zweitstimme grün

Das Wahlrecht macht die Zweitstimme besonders wichtig. Deshalb geben Sie die Zweitstimme für starke GRÜNE.

Briefwahl

Sie sind am Wahltag verhindert? Dann nutzen Sie die Möglichkeit der Briefwahl. Die Briefwahlunterlagen erhalten Sie im Bürgerbüro Salzkotten.

Spenden

Politische Arbeit kostet Geld. Daher freuen wir uns, wenn Sie uns auch finanziell unterstützen. Rufen Sie mich an oder senden Sie uns eine email (siehe Impressum).

Mitmachen

Aktive Politik vor Ort lebt von neuen Ideen und Anregungen. Daher freuen wir uns, wenn Sie zu unseren Treffen kommen und einfach mitmachen.

Mitglied werden

Wenn Sie uns aktiv unterstützen wollen, werden Sie Mitglied. Informationen und das Antragsformular finden Sie auf www.gruene-nrw.de

Wahlprogramm

Das komplette Wahlprogramm und weitere Informationen gibt es auf der Internetseite der Landespartei www.gruene.de



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Impressum

Auflage 10.000 auf 100% Recyclingpapier
Bündnis 90/Die Grünen
OV Salzkotten

ViSdP

Carsten Birkelbach 05258/980108
Tempelweg 3f info@gruene-salzkotten.de
33154 Salzkotten <http://gruene-salzkotten.de>

Redaktion

Anne Birkelbach
Carsten Birkelbach
Wolfgang Dehlinger
Kerstin Haarmann
Petra Hundt
Jürgen Kemper
Marc Svensson
Christina Wilmes



Bildnachweis

Brennnessel Titel Mirosław / pixelio.de